



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Rheindorf, Kurt: Das elsaß-lothringische Problem.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Sier türmen sich Schwierigkeiten auf, wegen derer es sich empfiehlt, den Behörden einen weiten Spielraum zu lassen und dem Zusatz zum Rumpellei-paragraphen eine Fassung dahin zu geben:

Etraffrei ist das Vermieten an Prostituierte, wenn damit kein Ausbeuten und kein Anwerben oder Anhalten zur Unzucht verbunden ist und wenn alle Anordnungen befolgt werden, die die Behörde aus ethischen und hygienischen Gründen getroffen hat.

Das elsäß-lothringische Problem.

Von Kurt Rheindorf.

Zum einundfünfzigsten Male jährte sich im Februar d. J. der Tag, an dem die Bevollmächtigten der dritten Republik den Präliminarfrieden zu Versailles unterschrieben, der Elsaß und Deutsch-Lothringen wieder mit Deutschland vereinigte. Ungefähr ein halbes Jahrhundert später wurde wiederum in Versailles die „Réintégration“ der beiden Provinzen in Frankreich vollzogen. „Was Du ererbst von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“ Anklage und Urteil zugleich liegen in diesen Worten. Zu spät bemüht sich heute die berufenste Vorkämpferin für die deutschen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen, die deutsche Geschichtsschreibung, ihre Unterlassungssünde wieder gut zu machen. Um jeden Schein der Parteilichkeit zu vermeiden, hatte sie es im allgemeinen abgelehnt, ihre Kräfte in den Dienst der Politik zu stellen. Und doch war es gerade bei Elsaß-Lothringen so leicht, die Brücke zu schlagen. Aber allzu sehr stützte man sich auf alte historisch begründete Rechtstitel, die der großen Masse des Volkes nicht bekannt waren. Jetzt, nachdem der „Frieden“ von Versailles die „Macht“ an die Stelle des „Rechts“ gesetzt hat, wird dem deutschen Volke und der Welt das deutsche Recht auf Elsaß-Lothringen unterbreitet. Noch in der letzten Kriegszeit sprang A. Schulte in die immer größer werdende Bresche und suchte mit seinem vortrefflichen Buche: „Frankreich und das linke Rheinufer“ den unheilvollen Fehler deutscher Wissenschaft wieder gutzumachen. Zu spät folgten Spahn und Stählin. Dann trat ein alter Kämpfer für Elsaß-Lothringen, der Düsseldorfer Archivdirektor Paul Wenzke, wieder für die neue deutsche Irrendenta am Oberrhein in die Schranken.

„Der deutschen Einheit Schicksalsland“ (München 1921), eine kurze und doch treffliche Kennzeichnung Elsaß-Lothringens! Seine Geschichte und seine Rolle in der Geschichte seit den Freiheitskriegen läßt der Verfasser an dem Leser vorüberziehen. Mit Recht stellt Wenzke die Verbindung zwischen innerdeutschem und weltgeschichtlichem Geschehen her. Denn Elsaß-Lothringen war von dem Augenblick, wo das staatliche Sonderleben in ein neues Stadium trat, wo die Staatengeschichte die Territorialgeschichte bei Seite schob, ein internationales Problem. Es ist ein typisches Beispiel für die Wechselbeziehungen zwischen Innen- und Außenpolitik. Das hat man in Deutschland bisher leider allzu sehr übersehen. Auch Wenzke verfällt wieder in diesen Fehler, obwohl er ihn erkannt hat. In seiner Darstellung kommt die außenpolitische Seite des elsäß-lothringischen Problems nur wenig zur Geltung, sie wird durch die innerpolitischen Fragen nahezu erdrückt. Stellt M. Spahn mehr die inneren Verhältnisse Elsaß-Lothringens in den Vordergrund, so zeigt Wenzke, wie sich die beiden Provinzen im deutschen Parteileben von 1848 an widerspiegeln und

welche Stellung sie im neuen Deutschen Reiche einnahmen. Wie ein roter Faden zieht sich das liberale Dogma vom „Einheitsstaat“ durch die ganze Darstellung. Zu seiner Rechtfertigung werden häufig sehr gewagte Konstruktionen gemacht. Durch die liberal-doktrinaristische Brille betrachtet, gewinnt nunmehr „der deutschen Einheit Schicksalsland“ eine besondere Bedeutung, der nicht jedermann beipflichten wird. Elsaß-Lothringen als Keimzelle des deutschen Einheitsstaates zu betrachten, geht m. E. viel zu weit. Die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit beweisen, daß eine tausendjährige geschichtliche Entwicklung sich nicht in den Schraubstock einer Parteidoktrin pressen läßt.

Heute steht die Zeit von der Reichsgründung bis zum Zusammenbruch im Mittelpunkt des Interesses. Es war ein Meisterstück Bismarckscher Diplomatie, inmitten eines neidvollen Europa das Deutsche Reich zu errichten. Trotz der günstigen Konstellation innerhalb der großen Mächte drohte doch mehr als einmal eine neutrale Einmischung. Alexander II. von Rußland drang schon Ende August in König Wilhelm, Frankreich zu schonen. Sein Kanzler Gortschakoff unterließ jedoch offiziell jede Beeinflussung der preussischen Regierung. Infolge des gemeinsamen Gegenjages zu Oesterreich stand die wohlwollende Neutralität Rußlands von Anfang an fest. Die russische Regierung hat sich nie gegen den Erwerb Elsaß-Lothringens ausgesprochen, dem französischen Sondergesandten Thiers auch jede Intervention abgelehnt. Alexander hat im Gegenteil nichts unterlassen, die revanchelustige österreichische Regierung mehrfach vor einem bewaffneten Eingreifen zugunsten Frankreichs zu warnen, in dem der Zar den casus belli sehen und für Preußen eintreten werde. Zwar erweiterte das Gebiet am Oberrhein die deutsche Macht — die Politiker an der Neva machten keinen Unterschied zwischen preussischer oder deutscher Machtvergrößerung —, dadurch war aber auch eine Kluft zwischen Deutschland und Frankreich geschaffen, die den besiegten Staat unbedingt in die Arme Rußlands treiben mußte. Um des nationalrussischen Interesses willen durfte der Bismarckgegner Gortschakoff eine Niederwerfung Frankreichs nicht verhindern. Ihm war die neuauftretende Macht, deren Zusammenschluß nicht mehr unterbunden werden konnte, ein Dorn im Auge. Seit 1815 hatten die Diplomaten an der Neva alles daran gesetzt, um Preußen als russische Einfluszone zu erhalten. Der Tag von Olmütz, wo Preußen auf Druck der Petersburger Staatsmänner unter das von Oesterreich errichtete kandinische Joch gehen mußte, bildete den letzten großen Markstein auf dem Wege russischer Bevormundung. Von einer Rettung Preußens durch Rußland im Olmütz kann doch keine Rede sein, oder nur insofern, als das Moskowitereich es damals nicht zum Kriege kommen ließ. Auch die Panlawisten, deren Sympathien zwar völlig auf Seiten Frankreichs standen, erkannten 1870 an, daß die preussischen Heere ihre Geschäfte besorgten. Die Einverleibung Elsaß-Lothringens in Preußen — ob Preußen oder Deutschland, war für das Ausland gleichgültig — wurde von den einsichtigen Führern des Panlawismus durchaus nicht „als Peitschenhieb auf den Größenwahn des langjam heranreisenden panlawistischen Gedankens“ empfunden. Danilevsky forderie im Januar 1871 in der Zeitschrift „Barja“ geradezu den „völligen Sieg Molotkes, damit die Franzosen, aber auch die vor dem preussischen Ausdehnungsdrang zitternden West- und Südlawen rettungslos in die Arme Rußlands getrieben wurden“. In gleichem Sinne äußerten sich Leute wie der General Fabege und der Nationalist Rattov. Aus diesen Gründen und weil Bismarck „den slawischen Ehrgeiz aufs neue (?) auf den Weg nach Konstantinopel ab-

lenkte“, blieb der Einspruch Rußlands aus, das zwar nicht der „gefährlichste Verbündete Frankreichs“ war, es aber werden konnte.

Neuerdings taucht immer wieder die Behauptung auf — auch Benzke bringt sie —, der englische Ministerpräsident Gladstone sei für einen neutralen Pufferstaat eingetreten. Aus Gladstones Biographie geht jedoch nur hervor, daß er in der Kabinettsitzung vom 30. September 1870 sich gegen eine „Annexion“ Elsaß-Lothringens „ohne Volksabstimmung“ aussprach und dafür das Kabinett zu gewinnen suchte. Dem Außenminister Granville gelang es, unter Betonung der strikten Neutralität Englands den Antrag zu Fall zu bringen. Denn er besürchtete von einem englischen Einspruch den noch engeren preußisch-russischen Zusammenschluß, was an der Themse wegen der latenten Orientkrise nicht erwünscht war. Den Neutralisierungsplan empfahl die „Times“ ihren Lesern und der Welt als idealste Lösung. Das konservative Blatt war damals jedoch nicht „das Orakel der öffentlichen Meinung Europas“, das waren die Neujahrsreden Napoleons III; seit den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts stand Großbritannien mit einer kurzen Unterbrechung (1866/68 Kabinett Derby-Disraeli) im Zeichen des Liberalismus. Die liberale Presse trat nicht ohne Bismarcks Mitwirkung für ein deutsches Elsaß mit Meß ein. Es erweckt eine falsche Ansicht, wenn gesagt wird, „in glänzender Isolierung glaubte der britische Löwe dem Kampfe auf dem Kontinente zusehen zu können, so lange die „Kleindeutschen“ Ansprüche seine Seeherrschaft nicht beunruhigten“. Mit der Hypothek der russischen und amerikanischen Feindschaft belastet — Amerika bot damals in Petersburg ein Schutz- und Trutzbündnis gegen England an —, im Innern durch Reformkämpfe und die irische Frage gebunden, war die Isolierung alles andere als „glänzend“.

In Oesterreich stand der Reichskanzler Beust völlig auf Seiten Frankreichs. Die Haltung Rußlands, die ungarische Opposition und die raschen deutschen Siege hielten ihn indessen von tätigen Beweisen seiner Sympathien für die Franzosen zurück. Der Vertreter der Donaumonarchie in Paris, Fürst Metternich, erklärte sogar Jules Favre, er halte einen Frieden ohne Abtretung des Elsaß für unmöglich. Der ungarische Ministerpräsident Andrássy meinte am 22. August im Ministerrat, eine Annexion Elsaß und Lothringens könne den Oesterreichern nur recht sein, denn die beiden Provinzen würden Preußen für lange Zeit zu tun geben, sowohl im Innern, als auch gegen die unausbleiblichen Wiederoberungsgelüste Frankreichs. Dem deutschen Plan einer Restauration des alten lothringischen Herzogsgeschlechtes in Elsaß-Lothringen wird m. E. zu viel Ehre angetan, wenn gesagt wird, damit sei das Schlagwort vom autonomen Bundesstaat in den „internationalen Formelschab“ aufgenommen worden. Sarg- und klänglos ist dieser groteske Plan 1870 verschwunden.

Der Frieden von Frankfurt brachte Elsaß-Lothringen zu Deutschland. Es war das Kriegsziel des gesamten Volkes. Für Bismarck stand es allerdings nicht „von Anfang an“ fest. In den ersten Tagen des November, als durch die bayerische Obstruktion das Gründungswerk im Innern ins Stocken, durch das englische Waffenstillstandsangebot und die heraufziehende Pontuskrise nach Außen hin gefährdet schien, forderte der Kanzler von Thiers nur das Elsaß mit Straßburg. Thiers war bereit, aber die Unentwegten in der provisorischen Regierung lehnten ab. Auch später hat Bismarck Meß, das nach Wolke 100 000 Mann wert war, nur auf Drängen der Generale genommen. Daß „in den Verhandlungen in Brüssel im Vorfrühling 1871 Bismarck das erzeichste Land Mitteleuropas als kärgliche Gegengabe für den Verzicht von Belfort in

den Schoß fiel“, ist nicht richtig. Das Rombacher Revier, das Bismarck in Frankfurt — nicht in Brüssel — errang, kann man nicht als das „erzreichste Land Mitteleuropas“ bezeichnen. Das war das Gebiet von Brie, Longwy, Villrupt und Thil, und diese Gegend blieb dank der Hartnäckigkeit des persönlich interessierten französischen Finanzministers bei Frankreich, wie F. Haller in seiner Schrift: Bismarcks Friedensschlüsse (München 1917) einleuchtend dargestellt hat.

Neben diesen Fragen der Außenpolitik liefen die Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten, besonders mit Bayern. Elsaß-Lothringen war hierbei das Bindeglied. Die Abmachungen sind jedoch nicht „derart in ein geschichtliches Geheimnis gehüllt“ geblieben, „daß noch fast fünf Jahrzehnte später die Entsendung eines bayerischen Bevollmächtigten zur Friedenskonferenz nach Litauisch-Brest als staatsrechtliche Ueberraschung wirken mußte“. Für den Historiker durfte das keine Ueberraschung sein. Die „Denkwürdigkeiten“ des bayerischen Ministerpräsidenten Graf Brach, die 1901 erschienen sind, enthalten einen Bericht Brachs an König Ludwig II. vom 22. November über die Bismarckschen Zugeständnisse an Bayern. Es heißt dort: „Was sich in dieser Richtung erzielen ließ, ist im wesentlichen folgendes: . . . Die vertragsmäßige Zusage, daß zu Friedensverhandlungen nach einem Bundeskriege stets auch ein bayerischer Bevollmächtigter hinzugezogen werden wird.“ Daß Bismarck den „Bundesstaat“ nur in „zufälliger“ von W. gesperrt zeitlichem Zusammenfluß der außen- und innerpolitischen Kräfte des Jahrhunderts der eigentlichen Reichsgründung zusammengeführt hatte“, kann nur Kopfschütteln erregen. Weshalb der Verzicht einer Einverleibung Elsaß-Lothringens in Preußen bei den Kabinetten in London, Wien und sogar in Brüssel zur Entspannung beigetragen haben soll, ist nicht recht ersichtlich.

Die Sicherung des neuen Reichs war das Leitmotiv der Bismarckschen Außenpolitik nach 1870. Wenn die russische Ablehnung einer Garantie für ein deutsches Elsaß-Lothringen (1876) erwähnt wurde, so durfte auf keinen Fall vergessen werden, daß England im gleichen Jahre bereit war — wie aus der Disraeli-Biographie hervorgeht — Deutschland den Besitz Elsaß-Lothringens zu garantieren. In der deutsch-italienischen Militärkonvention vom 1. Februar 1888 (?) „stützte die weitwichtige Bündnispolitik des großen Kanzlers“ nicht „zum ersten Male die deutsche Front im Westen“. Das tat schon der erste Dreibundvertrag vom 20. Mai 1882, nach dem Italien bei einem unprovokierten Angriff Frankreichs zur Hilfeleistung „mit allen seinen Kräften“ verpflichtet war. Das Allianzsystem Bismarcks, in dem die Hälfte der europäischen Staaten vertreten war, enthielt gewissermaßen die de jure-Anerkennung des Elsaß-lothringischen Besitzes, den der Kanzler 1870 nicht erreicht hatte. Die planmäßige Erziehung des französischen Volkes im Geiste der Revanche, getreu Gambettas Wort: „niemals davon sprechen, aber immer daran denken“, beweist, daß der „französische Charakter Elsaß-Lothringens, ebenso wie das „Unrecht von 1870“ nicht „nur für die öffentliche Meinung des Auslandes vorgeschoben wurden“. Daß „spätestens 1911 die Verhandlungen in den Kabinetten von Paris, Petersburg und London über eine „Desamexion“ Elsaß-Lothringens“ begannen, dafür bleibt Wenckke den Beweis schuldig. Ein belgischer Gesandtschaftsbericht vom 4. März 1913 beweist das Gegenteil, und am 3. März 1913 schrieb die „Times“: man spräche in Frankreich zu viel von Elsaß-Lothringen. England billige keinen Revanchekrieg. Der belgische Gesandte bezeichnet diese Presseäußerung als Ansicht des englischen Kabinetts.

Während des Weltkrieges regten zuerst die Oesterreicher eine Preisgabe Elsaß-Lothringens an, um zum Frieden zu kommen. Deutschland sollte die Zechen für seinen Bundesgenossen bezahlen, der im Zwei- und Dreibundvertrag keine Garantie für Elsaß-Lothringen übernommen hatte. Noch im Mai 1917 wies die D. S. L. diese Gedanken schroff zurück, und im Reichstage schleuderte Kühnmann diesem Verlangen sein „Niemals“ entgegen (September 1917). Doch schon in den Verhandlungen mit dem Martinus Pacelli hatte der damalige Reichskanzler Bethmann-Hollweg erklärt, an der Elsaß-Lothringischen Frage solle der Frieden nicht scheitern, — eine Tatsache, die nicht übersehen werden durfte. Daß die päpstlichen Diplomaten damals eine Neutralisierung Elsaß-Lothringens im Auge hatten, war bisher nicht bekannt. Die Friedensnote Benedikts XV. vom 2. August 1917 und ihr Kommentar im offiziellen Blatt des Vatikans, dem „Osservatore Romano“, enthält davon nichts.

„Der deutschen Einheit Schicksalsland“ — allerdings in anderm Sinne als Wencke es meint — ist Elsaß-Lothringen stets gewesen. Ein französisches Straßburg ist eine stete Bedrohung Süddeutschlands und damit eines geschlossenen deutschen Reiches. Der Oberrhein als Grenze Frankreichs bedeutet die Ausschaltung Deutschlands und die französische Vorherrschaft auf dem Festlande, die man jenseits der Vogesen als altes Hausgut zu betrachten pflegt. Das Wort des französischen Kriegsministers Barthou zum deutschen Botschafter von Schoen im Sommer 1914: „Geben Sie uns Elsaß-Lothringen wieder, und wir sind die besten Freunde der Welt“ ist eine ebensolche Lockspeise für unpolitische Köpfe gewesen, wie „das europäische Gleichgewicht“, die „Weltgerechtigkeit“ und andere schöne Programmpunkte, für die die Entente in den Krieg gezogen ist. „Recht ohne Macht ist ohnmächtig, und die Macht ist die Königin der Welt“, hat der Franzose Pascal vor nahezu 300 Jahren einmal gesagt, und dieser Satz gehört zum eisernen Bestand des politischen Katechismus der Franzosen, damals wie heute. Elsaß-Lothringen ist ein treffliches Beispiel dafür.

Juden in Deutschland.

Von Fritz Kern.

1.

Die Achtung des Juden Dreyfuß durch die französische Gesellschaft hat 1894 den Begründer des Zionismus, Herzl, auf den Plan gerufen und die Bewegung des jüdisch-nationalen Chauvinismus entfesselt. Wenn Anerkennung im Völkerleben ebenso automatisch entstände wie Abneigung, so müßte sich in der ganzen deutschen Judenschaft eine wirkliche Hingebung an den deutschen Staat entwickeln, seit als sichtbarste Krönung völliger Gleichstellung die Leiter des Staates und die Volksvertretung dem Juden Rathenau, der im Dienst des Staates verantwortungslosen Fanatikern zum Opfer fiel, Ehren erwiesen, die in der Geschichte nicht nur der zahlreichen Ministermorde, sondern auch soweit mir bekannt ist, im Zeremoniell der Staatsfeierlichkeiten fast ohne Beispiel dastehen.

Es ist kaum zu hoffen, daß restlose Hingabe an deutsche Belange sobald zum herrschenden Gefühl in den deutschen Juden werde. Wie die bekannten Vorgänge vor und namentlich nach dem Novemberumsturz eine anti-